

ZAHNTECHNIK ZEITUNG

Nr. 1
Januar
2003
2. Jahrgang
ISSN: 1610-482X
PVSt: F 59301
Entgelt bezahlt
www.zt-zeitung.de
Einzelpreis 3,50 €

Die Monatszeitung für das zahntechnische Labor

Kritik am VDZI	GKV-Beitragserhöhungen	Frische Brise aus Holland	Blick in die Zukunft
Ostdeutsche Obermeister gründen Kooperationsgemeinschaft.	Die günstigsten Krankenkassen der einzelnen Bundesländer im Überblick.	Staubarme Einbettmasse für alle Anwendungen in der Guss- und Presstechnik.	Fachkongress „Zukunftssicherung im Gesundheitswesen“ findet zum zweiten Mal statt.
■ Politik_7	■ Wirtschaft_13	■ Technik_15	■ Service_20

Wirbel um Reformen im Gesundheitswesen

Mittelfristige Streichung von Zahnbehandlungen und Zahnersatz aus GKV-Leistungskatalog geplant

Leipzig (cs) – Noch bis vor wenigen Monaten schien in der Gesundheitspolitik alles klar zu sein. Eine „Effizienzrevolution“ sollte durch mehr Wettbewerb, veränderte Formen der Vertragsgestaltung sowie Angebote der integrierten Versorgung finanzielle Ressourcen erschließen, um das Gesundheitswesen weiter finanzierbar zu erhalten. Sozialministerin Ulla Schmidt war eigens dafür von Kanzler Schröder beauftragt worden. Wie das Ganze finanziert werden sollte, sparte man allerdings schon da aus. Als dann im Herbst die Rürup-Kommission ins Leben gerufen wurde, hoffte man endlich die Lösung al-

ler Probleme gefunden zu haben. Ein 26-köpfiges Expertengremium sollte nun Ideen liefern, wie die sozialen Sicherungssysteme künftig finanziert werden sollen. Für erste größere Verwirrung sorgte dann das so genannte „Strategiepapier“ zur Gesundheitspolitik, welches das Kanzleramt kurz vor Weihnachten vorlegte. Neben „Beitragsrückerstattungen für kostenfreie Jahre“ sowie der Möglichkeit der Aufsplittung in eine „Grund- und Wahlversorgung“ spricht man sich darin ebenfalls für „Wahltarife mit Eigenleistungen aus“, obwohl Ministerin Schmidt doch stets betont hatte, dass es jene

Wahltarife in der gesetzlichen Krankenversicherung mit ihr nicht geben werde. Kaum war die Rürup-Kommission ins Leben gerufen, sorgten deren Mitglieder bereits für weiteren Diskussionsstoff. Jüngster Streitpunkt sind die Vorschläge des Freiburger Professors und Kommissionsmitglieds Bernd Raffelhüschen zur gesetzlichen Krankenversicherung. Ginge es nach ihm, sollten die Kassenleistungen für Zahnbehandlungen und Zahnersatz ab 2005 in jährlichen Schritten um je zehn Prozent verringert und ab 2014 dann ganz gestrichen werden.

Politik_2

Kanzler drückt auf das Tempo

Bericht der Rürup-Kommission bereits im Sommer erwartet

Leipzig (cs) – Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) will die angekündigten Reformen im Gesundheitswesen offenbar schneller umsetzen als bisher geplant. „Noch vor der Sommerpause erwarte man den Bericht der Rürup-Kommission“, sagte Regierungssprecher Bela Anda gegenüber dem „Tagesspiegel“. Nachdem zuerst von Herbst die Rede war, soll der Kommissionsvorsitzende Bert Rürup nun bereits im Mai eine erste Richtung der angestrebten Reformen der Einnahmeseite im Gesundheitswesen vorlegen. Denn spätestens Ende Mai muss Bundesfinanzminister Hans Eichel dann der EU-Kom-

mission Rede und Antwort stehen und die Auswirkungen der Reformvorhaben auf die Sozialkassen und öffentlichen Haushalte vortragen. Während sich die Rürup-Kommission vordergründig mit dem Erschließen neuer Finanzquellen für die Kassen befassen sollte, hatte Sozialministerin Ulla Schmidt für das Jahr 2003 eine Strukturreform angekündigt, die sich hauptsächlich mit der Ausgabenseite im Gesundheitswesen auseinandersetzt. Sie wird nun ihren Reformfahrplan ebenfalls kräftig straffen müssen. Schließlich hatte man sich während eines Gesprächs mit dem Kanzler

darauf geeinigt, dass die Überlegungen des Bundesgesundheitsministeriums auch in die Arbeit der Rürup-Kommission einfließen sollen. Zudem hatte sie bereits vor Weihnachten enormen Druck von Seiten des Kanzleramts erfahren, als dieses das so genannte „Strategiepapier“ zur Gesundheitspolitik vorlegte. Darin hatte sich eine Arbeitsgruppe im Kanzleramt unter anderem für Wahltarife in der gesetzlichen Krankenversicherung ausgesprochen. Ob die Reformvorschläge von Regierung und Rürup-Kommission nun noch dieses Jahr in einem gemeinsamen Gesetzespaket geregelt werden, bleibt abzuwarten.

ANZEIGE

Kein Licht am Ende des Tunnels

Düstere Wachstumsprognose des DIW verschärft Situation der Handwerkswirtschaft

Leipzig (cs) – Die stockende Entwicklung der Konjunktur in Deutschland wird auch weiterhin ihre Schatten auf die Handwerkswirtschaft werfen. Hatte sich der Konjunkturabschwung im Handwerk im Jahre 2002 bereits dramatisch verschärft, wird sich die Situation, folgt man den jüngsten Prognosen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands, wohl noch weiter zuspitzen. In seinem am 7.01.03 veröffentlichten Konjunktur-Ausblick senkte das DIW seine Wachstumsprognose für das Jahr 2003 von zuletzt 0,9% auf 0,6% und rechnet somit auch für 2004 nur mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von höchstens einem Prozent. Eine schwache Binnenkonjunktur war und

wird demnach auch künftig der Hauptgrund sein, der die Umsatzkurve des Handwerks immer weiter nach unten zieht. Dabei lag der Anteil des Handwerks am Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr bereits unter 10% gegenüber 13% im Jahr 1995 (Quelle: Dt. Handwerks Zeitung). Nach Auffassung des DIW resultiert die anhaltend schwache Binnenkonjunktur vor allem aus der Steuer- und Abgabenpolitik der rot-grünen Koalition. Steuererhöhungen sowie die spürbaren Anhebungen der Beitragssätze zur Sozialversicherung ließen das verfügbare Einkommen kaum steigen. Die daraus resultierende Kaufzurückhaltung der Verbraucher wird folglich auch weiterhin die Geschäftstätigkeit der am Endverbraucher orientier-

ten Handwerkszweige hemmen. Auch das Zahntechniker-Handwerk musste für 2002 eine Verschlechterung seiner Geschäftstätigkeit hinnehmen. Hatte sich die Lage 2001 noch etwas entspannt, verzeichnete man wenig später bereits deutliche Umsatzverluste. Gleichzeitig sorgten ungenügende Preisanpassungen für zahntechnische Leistungen in den gesetzlichen Krankenkassen für erheblichen Druck innerhalb der Branche. Die schlechte konjunkturelle Situation des Zahntechniker-Handwerks spiegelt sich auch im ersten Rücklauf unseres Fragebogens „Wie geht's uns denn heute?“ wider, den wir Ihnen in der Dezember-Ausgabe vorstellten.

Wirtschaft_14